

Globale Abrüstung

Weniger Waffen – mehr Sicherheit

16/211

Krise der Abrüstung überwinden

Im Bereich der Abrüstung gab es in den letzten Jahren nur wenig Licht, aber viel Schatten. Bei der nuklearen und konventionellen Rüstungskontrolle sind gefährliche Erosionen zu beobachten. Gleichzeitig wird wieder aufgerüstet, auch nuklear. Mit Hochrüstung sind globale Herausforderungen wie Klimawandel, zerfallende Staaten oder die Weiterverbreitung von Atomwaffen nicht zu lösen. Im Gegenteil. Die Überrüstung – insbesondere der USA und der NATO-Staaten – provoziert neue Rüstungswettläufe und asymmetrische Gegenmaßnahmen. Die Bundesregierung hat mit ihrer Politik zur gegenwärtigen Krise beigetragen. Mutige Impulse? Fehlanzeige. Fortschritte – zum Beispiel im Bereich der Antipersonenminen und Streumunition – gab es nur, weil viele kleine Staaten ohne die Großen vorangingen.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass wieder Bewegung in die globale Abrüstung kommt. Deutschland und die anderen EU- und NATO-Staaten müssen Vorreiter sein. Statt einer Rüstungs- brauchen wir eine Abrüstungs- spirale. Weniger Rüstung und vertrauensbildende Rüstungskontrolle bedeuten mehr Sicherheit für alle. Die Zeit dafür ist reif.

Für eine atomwaffenfreie Welt

Noch immer gibt es Tausende von Atomwaffen auf dieser Welt. Weil die Atomwaffenstaaten, allen voran die USA und Russland, ihrer Abrüstungsverpflichtung nicht nachkommen, wächst das Risiko, dass sich andere Staaten unter dem Deckmantel der zivilen Nutzung der Atomenergie oder mit Hilfe von Schmugglern Atom- bomben verschaffen.

Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea haben gezeigt, wie es geht. Iran oder Brasilien stehen im Verdacht zu folgen. Während der Iran sanktioniert wird, wurde Indien 2008 von den Nuklearsanktionen befreit. Nun kann es – auch dank deutscher Hilfe – sein Atomwaffenprogramm ausbauen. Das untergräbt das im Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) gegebene Versprechen auf eine universelle Welt ohne Atomwaffen.

Ergraute Staatsmänner wie Henry Kissinger, Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher, die für die nukleare Hochrüstung lange mitverantwortlich waren, haben die Gefahr erkannt. Sie und andere Prominente fordern heute, wofür die Grünen und die unabhängige Friedensbewegung seit ihrer Gründung streiten: eine Welt ohne Atomwaffen. Dies erfordert ein radikales Umdenken, weg von einer Politik der nuklearen Abschreckung. Solange aber Staaten behaupten, dass Atomwaffen für die eigene Sicherheit unverzichtbar sind, wird es keine Umkehr geben.

Umdenken müssen auch die NATO mit ihrem Atomwaffenarsenal und ihrer Nuklearstrategie und die Merkel-Steinmeier-Regierung, die an nuklearer Abschreckung und der Bereitschaft zum Atomwaffeneinsatz festhält. Verteidigungsminister Jung lässt noch heute Tornado-Piloten den Abwurf von US-Atomwaffen üben. Eine solche Bundesregierung ist ein Abrüstungshindernis. Damit muss Schluss sein.

Deutschland muss diese nukleare Teilhabe beenden und endlich atomwaffenfrei werden. Wir brauchen eine Entnuklearisierung der NATO. Die Atomwaffenstaaten sollten spätestens zur Überprüfungskonferenz 2010 einen Ausstiegsplan vorlegen, wie sie rasch und überprüfbar abrüsten. Wichtige Schritte wären das Inkrafttreten des nuklearen Teststopp-Abkommens und der Beginn von Verhandlungen über ein Verbot der Produktion von Spaltmaterial für Waffenzwecke. Um die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern, muss die Weiterverbreitung der Atomenergie gebremst werden. Deshalb muss über Wege zu einer Multilateralisierung des Brennstoffkreislaufs weiter nachgedacht werden.

Waffen unter Kontrolle bringen!

Kleinwaffen, Minen und Streumunition sind die Massenvernichtungswaffen von heute. Sie verursachen mehr Opfer als Großwaffen. Vor allem Kinder sind die Leidtragenden. Deshalb gilt es, diese Waffen endlich unter Kontrolle zu bringen und den Opfern zu helfen.

Im Bereich der Kleinwaffen geht es nicht nur darum, den illegalen Waffenhändlern das Handwerk zu legen oder entschiedener bei der Demobilisierung und Reintegration von Rebellengruppen zu helfen. Die Regierungen selbst sind hier gefragt. Die Bundesregierung muss aufhören, Schusswaffen, Munition und Lizenzen in Krisenregionen zu exportieren.

Ebenso wichtig ist die Ächtung von Waffen, die unterschiedslos gegen Militär und Zivilbevölkerung wirken. Nichtregierungsorganisationen und kleine Staaten haben erfolgreich Abrüstungsprozesse von unten initiiert. Der Ottawaer Antipersonenminen-Konvention folgte im Dezember 2008 das Osloer Streubombenverbot. Insbesondere Letzteres gilt es nun mit Nachdruck national und international umzusetzen.

Wir Grüne fordern, dass sich die Bundesregierung für die Ächtung von Munition aus angereichertem Uran (DU-Munition) einsetzt. Solange die langfristigen radiologischen und toxischen Folgen des Einsatzes dieser Munition nicht geklärt sind, dürfen diese Waffen nicht mehr eingesetzt werden.

Vertrauen durch Abrüstung

20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges sind die Rüstungsausgaben wieder auf Rekordhöhe und das Instrument der konventionellen Rüstungskontrolle schwer beschädigt. Wir brauchen eine Kurskorrektur. Mit Kooperation und Rüstungsbegrenzungen müssen Misstrauen und Rüstungsarsenale abgebaut werden.

Die NATO muss wieder den Ausgleich mit Russland suchen. Die amerikanische Kündigung des Vertrages zur Raketenabwehr (ABM), die Stationierung von US-Raketenabwehreinrichtungen in Europa und die Weigerung der NATO-Staaten, den angepassten Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (AKSE-Vertrag) zu ratifizieren, haben entscheidend zur Erosion der Abrüstung beigetragen.

Die Bundeswehr könnte auch unilateral weiter abrüsten, zum Beispiel wenn die Wehrpflicht abgeschafft und die Bundeswehr auf 200.000 Soldatinnen und Soldaten verkleinert werden würde. Durch den Verzicht auf Prestigeprojekte wie das Raketenabwehrsystem MEADS, die dritte Tranche des Eurofighters oder den überflüssigen Luft-Boden-Schießplatz Wittstock könnten dem Bundeshaushalt viele Ausgaben erspart bleiben. Und durch eine engere Abstimmung und Kooperation in der NATO und der EU könnten Überkapazitäten abgebaut werden.

Restriktive Rüstungsexportpolitik

Deutschland gehört zu den weltweit führenden Rüstungsexporturen. Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Steinmeier betreiben eine offensive Rüstungsexportstrategie, auch in Krisenregionen. Die Bundesregierung will Pakistan und Indien mit Kriegswaffen aufrüsten und liefert Kleinwaffen in Spannungsgebiete. Von Beschränkung keine Spur. Die Bundesregierung fördert Exporte mit Hermes-Bürgschaften. Ihre Politik der Geheimhaltung behindert die Kontrolle und Mitbestimmung des Parlaments bei Rüstungsexporten.

Wir fordern eine restriktive und transparente Rüstungsexportpolitik, ohne staatliche Exportförderung: Der Rechtsanspruch auf die Ausfuhr von Rüstungsgütern muss fallen und der Endverbleib überprüft werden. Das Wirtschaftsministerium muss die Federführung ans Auswärtige Amt abgeben. Über bedeutsame Exporte muss der Bundessicherheitsrat im Konsens und erst nach Konsultation des Bundestages entscheiden.

International brauchen wir ein umfassendes Waffenhandelsabkommen und einen EU-Verhaltenskodex, dessen Einhaltung überwacht wird.

Grüne Forderungen

Deutschland muss wieder zum Vorreiter für Rüstungskontrolle, Abrüstung und eine Politik der gemeinsamen Sicherheit werden. Wir fordern unter anderem:

- **Initiativen für eine Welt ohne Atomwaffen**
 - d. h. Beendigung der nuklearen Teilhabe der Bundeswehr, Abzug der US-Atomwaffen, Abbau der Atomwaffenarsenale, Entnuklearisierung der NATO-Strategie
- **die Stärkung der humanitären Rüstungskontrolle**
 - d. h. die rasche Umsetzung des Streumunitionsverbotes, restriktive Kleinwaffenexporte, verstärkte Abrüstungs- und Opferhilfe, Verbot von uranhaltiger DU-Munition
- **eine Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle und Abrüstung**
 - d. h. eine rasche Ratifizierung und Weiterentwicklung des angepassten KSE-Vertrages, einen neuen Anti-Raketenabwehr-Vertrag, den Abbau von Überkapazitäten, auch bei der Bundeswehr
- **eine restriktive & transparente Rüstungsexportpolitik**
 - d. h., keine Rüstungsexportförderung, keine Exporte in Krisengebiete, Offenlegen und parlamentarische Kontrolle der Exportentscheidungen, ein umfassendes internationales Abkommen zur Begrenzung des Waffenhandels

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Winfried Nachtwei MdB Sprecher für Sicherheits- und Abrüstungspolitik
Arbeitskreis 4: Internationale Politik und Menschenrechte
T. 030 / 227 56789, F. 030 / 227 56552, info@gruene-bundestag.de

Zum Weiterlesen:

Krieg verhindern - Sicherheit gewährleisten - Frieden fördern (Reader 16/116)

www.gruene-bundestag.de >> Themen A-Z >> Frieden / Außenpolitik

Bundestagsdrucksachen

16/9799 Für eine atomwaffenfreie Zukunft – Atomwaffen aus Deutschland abziehen (Antrag)

16/11439 Einsatzmoratorium und Ächtung von DU-Munition vorantreiben (Antrag)

16/6605 Angepassten Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa ratifizieren (Antrag)

16/11388 Für eine restriktive Rüstungsexportpolitik (Antrag)